

Zusammenfassung der Ergebnisse der Finanzklausurtagung vom 12.02.2010 im Oste-Hotel

Bei der Betrachtung bzw. Bewertung der Situation der Haushaltslage 2010 der Stadt Bremervörde und des damit verbundenen von der Verwaltung vorgelegten Haushaltskonsolidierungskonzepts geht die SPD Fraktion von folgenden grundsätzlichen Überlegungen aus:

Ein zukunftsweisendes Haushaltskonsolidierungskonzept kann grundsätzlich nur dann sinnvoll sein und die Zustimmung der SPD Fraktion erhalten, wenn folgende Grundprinzipien Anwendung finden:

- a) Die gesetzlichen **Pflichtaufgaben** müssen erfüllt werden.
- b) Die kontinuierliche **Weiterentwicklung der Stadt Bremervörde** in den kommenden Jahren und die **Nachhaltigkeit der Maßnahmen** müssen garantiert bzw. dürfen nicht durch sinnlose Kürzungen gefährdet sein.

Das bedeutet, dass grundsätzlich alle von der Verwaltung geplanten finanziellen Eingriffe in den Bereichen **demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger (Gemeindeorgane), Stadtentwicklung und Stadtmanagement, Schulentwicklung, Kultur, Sport und Soziales** diesen Kriterien unterworfen und kritisch überprüft werden müssen.

Eine Kürzungssorgie nach dem Prinzip des Rasenmähers, wie sie in dem städtischen Konzept dargestellt wird, ist daher abzulehnen.

Zu diesem Zweck schlägt die SPD-Fraktion vor, die unten beschriebenen Maßnahmen z. T. aus dem vorliegenden Konsolidierungskonzept (Maßnahmenpaket) ersatzlos zu streichen bzw. nur teilweise durchzuführen. Die Gegenfinanzierungen für die Streichungen werden am Ende dargestellt bzw. es wird bei den Produkten direkt darauf schon hingewiesen.

Produkt:	Beschriebene Maßnahme
11101 - Gemeindeorgane	Eine Reduktion des Stadtrats von 32 auf 26 Ratsmitglieder sowie die Verkleinerung des Verwaltungsausschusses von 8 auf 6 Beigeordnete wird unterstützt , da es sich hier bei um schon seit langem vorgebrachte Forderungen der SPD-Fraktion handelt. Die Abschaffung aller bestehenden Ortsräte wird abgelehnt , da sie dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach direkter Beteiligung und Mitsprache am politischen Geschehen vor Ort nicht entspricht. Aus diesem Grund wird auch die Einführung des Ortsrats für die Kernstadt im ursprünglichen Umfang (s.

	<p>Text des Bürgerbegehrens) verlangt.</p> <p>Ebenso ist dem Begehren weiterer Ortschaften in dieser Richtung nachzugeben. Ein Anfall an Mehrarbeit im Rathaus, wie von der Verwaltung fälschlich behauptet, entsteht allerdings nicht, da bei Ortsvorstehern ebenfalls der gleiche Verwaltungsaufwand notwendig ist.</p> <p>Zur t. w. Finanzierung schlägt die SPD Fraktion vor, die Aufwandsentschädigungen wieder auf den Stand vor der letzten Erhöhung zurückzunehmen (SPD stimmte gegen die Erhöhung!), was einer jährlichen Einsparung von knapp 17.000,-- € entsprechen würde. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Anzahl der Mitglieder in den bestehenden Ortsräten nach einem bestimmten Schlüssel zu verringern. Die Mindestzahl von fünf Ortsratsmitgliedern muss allerdings erhalten bleiben. Auch muss die unterschiedliche Größe der Ortschaften Berücksichtigung bei der personellen Größe der Ortsräte finden.</p>
<p>Produktgruppe 211 Grundschulen (allgemein)</p> <p>Produkt 21101 GS Bevern Produkt 21102 GS Elm Produkt 21106 GS Mitte Produkt 21105 GS Iselerheim</p>	<p>Die SPD-Fraktion begrüßt die Reduktion der Grundschulstandorte um drei als grundsätzlich richtig und verweist hier auf die großen Übereinstimmungen mit ihrem bestehenden Grundschulkonzept sowie dem weiteren von der Stadtverwaltung und den drei Schulleitern erarbeiteten städtischen GS-Konzept.</p> <p>Die SPD-Fraktion ist jedoch der Meinung, die zur Schließung vorgeschlagenen Standorte GS Bevern, GS Elm, GS Stadtmitte um eine zusätzliche Alternative, nämlich die GS Iselersheim zu erweitern. Ein entsprechender Antrag wird von der SPD-Fraktion im nächsten Schulausschuss eingebracht werden. Den Fraktionsmitgliedern wird die Auswahl der drei (von diesen vier!) zu schließenden GSn selbst überlassen.</p> <p>Die SPD Fraktion stellt aber mit Mehrheit fest, dass bei der Wahl zwischen der GS Stadtmitte und der GS Iselersheim, die besseren Argumente zur Weiterführung des Schulbetriebs (Anzahl der Schüler, Sanierungsbedarf, Unterhaltungskosten, Transportkosten usw.) für die GS Stadtmitte sprechen.</p> <p>An den verbleibenden drei Schulstandorten werden bis zu einer abschließenden Betrachtung der Entwicklung der Schülerzahlen keine Erweiterungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen zur Standortsicherung durchgeführt. Eine sinnvolle Aufteilung der Schüler auf die verbleibenden GSchulen ist so vorzunehmen, dass der Schulbetrieb an diesen restlichen ohne zusätzliche bauliche Maßnahmen erfolgen kann.</p> <p>Die SPD-Fraktion ist der Meinung, aus wirtschaftlichen Erwägungen die Reduktion der Schulstandorte zumindest zum Teil schon vor dem Schuljahr 2012/13</p>

	<p>durchzuführen.</p> <p>Die Bezuschussung der Ganztagsbeschulung durch die Stadt ist bis zu einer endgültigen Klärung der Standortfrage auszusetzen. Ganztagskonzepte der verbleibenden GSn können natürlich weiterentwickelt werden.</p>
Produkt 21201 HS Bremervörde	<p>Eine mögliche Veräußerung des Gebäudes der HS an den Kreis ROW wird als wirtschaftlich sinnvoll begrüßt, sollte aber immer im Zusammenhang mit einer baulichen Zusammenlegung bzw. organisatorischen Zusammenarbeit der Realschule und der Hauptschule auf dem Grundstück der Realschule gesehen werden. Auch hier wäre eine integrative Lösung für den Sekundarbereich I (int. Gesamtschule) eine Option (Schulstruktur Landesangelegenheit!).</p>
Produkt 21501 Realschule	<p>Eine Sanierung der RS im jetzigen Gebäude erscheint der Fraktion nach dem Sanierungsgutachten als zu unwirtschaftlich.</p> <p>Da der Bestand der RS in Bremervörde für die Stadt ein Standortvorteil ist, ist der Neubau eines Schulgebäudes im Zusammenhang mit der Zukunft der Hauptschule zwingend notwendig. Zur Finanzierung soll unter anderem der Verkaufserlös des Gebäudes der HS benutzt werden. (Außerdem werden auch langfristig die energetischen Einsparungen bei einem Neubau zur Kostensenkung beitragen!)</p>
Produkt 27201 Büchereien	<p>Eine Verringerung der jetzt schon sehr kurzen Öffnungszeiten der städtischen Bücherei im Rathaus wird abgelehnt.</p> <p>Der Schließung der Ortsteilbüchereien in Hesedorf und Iselersheim wird dagegen zugestimmt.</p>
Produkt 27301 Volksbildung	<p>Die Deckelung des Zuschusses zur Elbe-Weser-Akademie auf € 15 000.- wird grundsätzlich begrüßt, allerdings stellt sich die Frage, ob die Erhaltung der EVA in dieser Form auf Dauer sinnvoll erscheint.</p>
Produkt 24302 Mensa im Schulzentrum	<p>Der Streichung der Maßnahme aus dem Ergebnishaushalt wird zugestimmt. (Keine Grundlage mehr vorhanden!)</p>
Produkt 31502 Soziale Einrichtungen	<p>Die Zuschusszahlungen an soziale Vereine und Verbände (sog. Arbeitszuschüsse) und die im Jahr 2009 erstmals durchgeführte Bezuschussung sozialer Projekte sind weiterzuführen.</p>
Produktgruppe 365 Kindergärten	<p>Die geplante Änderung der Gebührensatzung durch die Verwaltung wird von der SPD-Fraktion als sehr problematisch angesehen. Ein aus dieser Konstruktion der Gebührenverteilung sich vielleicht kurzfristig ergebender finanzieller Vorteil würde am Ende langfristig durch eine Erhöhung der Kreisumlage zum Nachteil der Stadt zunichte gemacht werden.</p>

<p>Produkt 36509 Kindergärten externe Träger</p>	<p>Das CJD erhält weiterhin einen belegungsabhängigen Zuschuss für den dort eingerichteten Hort. Eine Streichung des Zuschusses würde das sofortige, finanzielle Ende der Hortbetreuung für 34 Kinder und das Ende für die einzige, derzeitige Hortbetreuung in Bremervörde bedeuten.</p>
<p>Produkt 36519 Kinderspielkreis Neues Feld Produkt 36505 Kindergarten Iserlersheim</p>	<p>Den Vorschlägen der Stadtverwaltung wird zugestimmt.</p>
<p>Produkt 42101 Förderung des Sports</p>	<p>Um den Vereinen eine ausreichende Planungszeit zur Realisierung ihrer finanziellen Ziele zu ermöglichen, werden die direkten Zuschüsse im Umfang von € 86 000.- an die örtlichen Sportvereine im Jahr 2010 ungekürzt weitergewährt. Für das Jahr 2011 ist eine Reduktion dieser Summe um 10 % von den Sportvereinen bei ihren zukünftigen Finanzplanungen zu berücksichtigen.</p>
<p>Produkt 55301 Friedhöfe</p>	<p>Über eine grundsätzliche Neu- bzw. Umstrukturierung der Friedhofsgebühren aufgrund der veränderten Bestattungskultur muss umgehend nachgedacht werden.</p>
<p>Produkt 11106 Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung</p>	<p>Die Umwandlung der beiden nicht mehr benötigten Kinderspielplätze in zur Veräußerung vorgesehene Baugrundstücke wird als sinnvoll angesehen und unterstützt. Über weitere, nichtgenutzte Liegenschaften im städtischen Besitz ist ebenfalls nachzudenken, um sie gegebenenfalls der Vermarktung zuzuführen.</p>
<p>Produkt 42401 Hallenfreibad „Delphino“</p>	<p>Einer Reduktion der Transferaufwendungen für des Bad in Höhe von € 50 000,- auf nun € 450 000,- für das Jahr 2010 wird grundsätzlich begrüßt, doch erscheinen die von der Stadt dazu vorgeschlagenen Maßnahmen als wenig erfolgversprechend oder gar kontraproduktiv. Eine Verpachtung des Bistrobereichs, eine seit langem erhobene Forderung der Oppositionsparteien, die Erhöhung der Eintrittsgelder sowie die gleichzeitige Reduktion der Öffnungszeiten machen vor dem Hintergrund der bereits getätigten, von der SPD-Fraktion strikt abgelehnten, Investition in Höhe von fast € 600 000,- für eine Riesenrutsche, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Delphino, so keinen Sinn. Vor allem die hohen Energiekosten sind hier problematisch. Hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Allenfalls wäre über eine gemäßigte, sozialverträgliche Anhebung der Eintrittsgelder nachzudenken.</p>

Produkt 12601 Feuerlöschwesen	Die SPD-Fraktion hält die Reduktion der Sach- und Dienstleistungen sowie sonstiger ord. Aufwendungen für richtig und hat dies schon seit Jahren immer wieder gefordert.
Produkt 28101 Heimat-, Kultur- und Denkmalpflege	Die freiwilligen Leistungen für Zuschüsse werden nicht gekürzt .
Produkt 55102 Natur und Erlebnispark GmbH	Die Transferaufwendungen (Verlustausgleich) werden auf null gekürzt . Die dafür im Wirtschaftsplan 2010 von N u. E vorgesehenen € 253 000,- müssen durch Umschichtung oder Streichung von nicht notwendigen Investitionsmaßnahmen durch die N u. E selbst erwirtschaftet werden.
Produkt 57101 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Einrichtung eines qualifizierten Citymanagements für die Entwicklung des wirtschaftlichen Standorts Bremervördes unbedingt notwendig ist . Aus diesem Grund ist sie für die Beibehaltung eines Betrags von € 40 000,- im städtischen Haushalt. Allerdings werden an die Zustimmung die Auflagen geknüpft , dass die Aufgabenteilung zwischen der Verwaltung und dem Citymanager so erfolgen muss, dass es zu personellen Einsparungen bei der Verwaltung und genau definierter Arbeitsteilung ohne Überschneidungen von Aufgabenfeldern kommt. Der zukünftige Citymanager darf weder Mitglied der Verwaltung noch des Stadtrats oder irgendwelcher politischer Parteien sein .
Produkt 54101 Verkehrsflächen und -anlagen	Die vorgesehene neue Beitragspflichtigkeit für Straßen nach Ablauf von 25 Jahren ist wegen der rechtlichen Bedenken und der problematischen Berechnungsgrundlage abzulehnen. Eine Stärkung des Standorts Bremervörde wird hiermit nicht erreicht, sondern im Gegenteil, sie behindert den Zuzug möglicher neuer Bürgerinnen und Bürger. Diese Maßnahme wirkt abschreckend und ist daher kontraproduktiv .
Produkt 55501 Land- und Forstwirtschaft	Der geplanten Kürzung wird zugestimmt .
Produkt 57302 Bauhof	Der geplanten Kürzung wird zugestimmt .
Produkt 61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	Alle CDU-Kreistagsabgeordneten aus Bremervörde haben der Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte trotz der schwierigen Haushaltslage der Stadt zugestimmt , während die Bremervörder Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion die Erhöhung abgelehnt haben. Aus diesem Grund lehnt auch die SPD Stadtratsfraktion die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B von 410 % auf 465% ab . Diese Maßnahme ist den Bürgerinnen und Bürger in dieser Höhe nicht zu erklären, zumal Bremervörde schon jetzt eine der höch-

	sten Hebesätze in diesem Bereich hat. Die SPD-Fraktion schlägt daher vor, diese Erhöhung sehr nur behutsam vorzunehmen und außerdem die noch nicht berücksichtigten (nochunverbrauchten) Steuermehreinnahmen in Höhe von ungefähr € 80 000,- für das Jahr 2010 einzusetzen.
--	--

Aufstellung der geänderten Maßnahmen:

Mehrkosten:	Gegenfinanzierungsvorschläge:
Gemeindeorgane € 10 000,- (und mögl. Reduktion der Anzahl der Mitglieder der Ortsräte)	Rückführung der Aufwandsentschädigungen € 17 000,-
Bücherei € 25 800,-	Streichung des Verlustausgleichs für N u. E. (€ 253 000,-) € 200 000,-
Soziale Einrichtungen € 6 000,-	Anleger Hafen € 10 000,-
Förderung des Sports € 86 000,-	
Hortbetreuung CJD € 14 500,-	
Heimat-, Kultur-, und Denkmalpflege € 21 000,-	
Citymanagement € 40 000,-	
Gesamt: € 203 300,-	Gesamt: € 227 000,-
Grundsteuer B (teilweise)	Steuermehreinnahmen in Höhe von ungefähr € 80 000,- und siehe unten

Weitere Gegenfinanzierungsvorschläge:

Die SPD-Stadtratsfraktion sieht **im Bereich der Verwaltung**, anders als der Bürgermeister, durchaus noch **Einsparungspotenziale**. Aus diesem Grund fordert sie den Bürgermeister auf, endlich die angekündigte **Umstrukturierung im Rathaus vorzunehmen**. Allerdings versteht die SPD-Fraktion darunter die Umsetzung bzw. Verwirklichung wesentlicher **Qualitätsmerkmale einer modernen, bürgernahen Verwaltung, nämlich:**

Wirtschaftlichkeit , Effizienz, Bürgerfreundlichkeit.

„Das Rathaus ist für die Bürgerinnen und Bürger da, nicht umgekehrt.“

Das bedeutet, dass das Rathaus dem Bürger mehr Dienstleistungen bei längeren Öffnungszeiten bieten muss. Das Rathaus und damit die Verwaltung sind für die Bürgerinnen und Bürger da, nicht umgekehrt. **Ein Bürgerbüro** für alle anfallenden Arbeiten im **Bereich Publikumsverkehr** wäre hier sicher ein richtiger, auch sparsamer Weg.

Einsparungspotential zwischen € 60 000 bis € 100 000.

Weitere Einsparungsmöglichkeiten finden sich im **Bereich des Jugendhotels „Ostel“**. Die **vorgesehen Kapitalerhöhung** im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Anteile **muss unterbleiben**. Mittelfristig muss sich die Stadt aus dem „Ostel“ zurückziehen, da dies keine notwendige Aufgabe der Stadt ist.

Einsparungspotential € 150 000,-

Auch eine **(Teil)privatisierung der N und E** muss auf lange Sicht das Ziel sein, da die finanziellen Transferleistungen an diesen städtischen Eigenbetrieb die Finanzen der Stadt nur belasten. Gleiches gilt auch für das „Delphino“, für das unbedingt ein Partner aus der (Energie-)Wirtschaft gesucht werden muss. **Ein dauerhaftes Defizit von € 400 000,- bis € 450 000,- pro Jahr ist für eine Stadt mit der Wirtschaftskraft Bremervördes nicht zu verkraften.**

Ebenfalls **Einsparungen** sind im **Bereich der Sanierungsgebiete** möglich. Hier müssen **sparsamere Lösungen** angedacht werden, um mit den frei werdenden Mitteln vor allem die notwendigen Maßnahmen in Bereich „Schulen“, vor allem der **Neubau der Realschule und Ganztagsprojekte finanzieren zu können.**

Gesamtbewertung des von der Stadt vorgelegten Haushaltskonsolidierungskonzepts (HKK) durch die SPD-Fraktion

Das vorgestellte HKK berücksichtigt in keiner Weise eine nachhaltige Stadtentwicklung und zerstört oder schädigt im hohen Maße das gesamte Netzwerk der sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Vereine der Stadt. Es missachtet das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter. Der für die Stadt besonders wichtigen Rolle der Vereine im Bereich **Jugendarbeit und Prävention** wird so **nicht Rechnung getragen.**

Außerdem erscheint es äußerst zweifelhaft, dass alle, im HKK genannten Vorschläge der Realität standhalten werden. Viele der aufgeführten wirtschaftlichen Maßnahmen sind nur sog. „Luftnummern“ (s. Bem. bei den Produkten), deren Verwirklichung im den kommenden Jahren als sehr unwahrscheinlich oder rechtlich höchst fraglich erscheint.

Wahrscheinlicher ist eher, dass mit den gemachten Vorschlägen eine wirkliche Haushaltskonsolidierung auf Dauer **so nicht erreicht wird**, da die gemachten Vorschläge nicht das dafür notwendige Volumen abdecken, folglich im Jahr 2011 weiter Kürzungsvorschläge gemacht werden müssen.

Richtig ist die Feststellung, dass die miserable finanzielle Situation der Stadt Bremer-
vörde nicht, wie fälschlich von der CDU behauptet wird, durch die wirtschaftliche
Krise verursacht wird, sondern **ihre Ursache in der seit Jahren falschen
Ausgabenpolitik der CDU und es Bürgermeisters** hat. Es ist seit Jahren
bekannt, dass die städtischen Haushalte immer defizitär waren und nur mit dem
Trick des Griffs in die Rücklagen ins Lot gebracht werden konnten.

Diese falsche **defizitäre Haushaltspolitik** ist von der **SPD-Fraktion** seit Jahren
angeprangert worden. Da ihre Gegenvorschläge zur Verbesserung der Haushaltslage
(s. Produkte) bei der CDU nie Gehör gefunden haben, hat sie die **Haushalte
immer abgelehnt**, was die CDU-Mehrheitsfraktion aber nicht zum Einlenken
bewogen hat.

Aus diesem Grund liegt die alleinige **Verantwortung** für die finanzielle Notlage der
Stadt bei der CDU und **nicht**, wie der Bürgermeister gern glauben machen will,
beim gesamten Stadtrat.

Eine Zustimmung zu dem vorgelegten HKK wird nur dann **möglich** sein, wenn in
den wesentlichen, oben genannten Punkten **die entsprechenden Änderungen
vorgenommen werden** und **die CDU ihre Verantwortung für finanzielle Lage
der Stadt öffentlich übernimmt**.

gez.

H.-K. Genter-Mickley